

Marcello Pera

# Italien in Europa

**Auch in Italien hat der Mauerfall von 1989 zu einer Veränderung der politischen Verhältnisse geführt. Während das Land bis dahin unter einer „blockierten“ Demokratie, d.h. einer zum Regieren verurteilten DC und einer zum Opponieren verurteilten KPI litt, hat das Ende des Kalten Krieges Italien ein neues Gefüge, z.B. ein neues Wahlsystem und das Entstehen neuer Parteien beschert – eine Entwicklung, die u.a. zu den anhaltenden Diskussionen der jüngsten Zeit, etwa derjenigen um die Werte in der italienischen Gesellschaft, geführt hat. Gerade diese „Werte“ jedoch, wie das Schul- und Gesundheitswesen oder das Justizsystem, stehen selbst, anders als ihre Funktionsweise, nicht zur Disposition. Schließlich sind es ja die tatsächlichen Bedürfnisse des Bürgers, die den Aufbau Italiens sowie denjenigen Europas bestimmen sollen – eine Maxime, die auch das Verfahren von Nizza mit seinem deduktiven, von einem gesamteuropäischen Modell ausgehenden Ansatz in einem kritischen Licht erscheinen lassen.**

## ■ I

Für diesen Vortrag wurde mit Absicht der Titel „Italien *in* Europa“ und nicht „Italien *und* Europa“ gewählt. Dies aus zwei Gründen.

Erstens: Es wird nicht beabsichtigt, von den Beiträgen zu reden, die Italien zur Einigung Europas geleistet hat, und von den Verdiensten, die es sich darum erworben hat. Bekanntlich sind das viele, angefangen von De Gasperi, Einaudi, Spinelli. Vielmehr soll auf die Rolle hingewiesen werden, die Volk, Parlament und auch Regierung Italiens derzeit in Europa spielen und spielen wollen.

Dann – und das ist der zweite Grund für die Wahl des Titels –, weil der Redner ein engagierter Europäer ist. Er ist es von seiner geistigen Prägung her; er versteht sich als Schüler Galileis, Newtons, Lockes, Leibniz' und vor allem Kants. Und er ist es aus politischer Überzeugung, denn er glaubt, dass ein geeintes, integriertes Europa den Bedürfnissen seines Landes entgegen kommt und denen neuer internationaler Verhältnisse, die sich seit 1989 herausbilden.

Wenn er sich nicht als *Europa-Optimisten* begreift, so deshalb, weil er meint, dass dieser Begriff – ebenso wie sein Gegenteil, der *Euro-Skeptizismus* – dazu dient, die Diskussion abzuschneiden, zu polemisieren, anstatt die Debatte zu bereichern. Da er hingegen diskutieren und zu Lösungen beitragen möchte, überlässt er es gerne den Liebhabern von Worten, das angebracht zu finden. Das richtige Wort findet sich immer, wo es richtige Ideen und Absichten gibt.

Nach dieser Einleitung soll das Interesse auf drei Punkte gelenkt werden:

1. Welche Entwicklung macht Italien in der gegenwärtigen Phase der europäischen Integration durch?
2. Welchen Bedürfnissen müssen wir – nicht nur wir Italiener – nachkommen, und welche Methoden müssen wir für den Ausbau Europas einsetzen?
3. Schließlich: Was für ein Europa wollen wir schaffen?

## ■ II

Zum ersten Punkt: Italien heute. Wir wissen, dass es noch Klischees, Vorurteile und auch Feindseligkeit gibt. Es ist falsch, sie für gerechtfertigt zu halten, und trotz der dem Anschein nach gelehrten Analysen, die in vielen europäischen Medien publiziert werden, können sie als Ergebnis mangelnder Aufmerksamkeit und Information hinsichtlich dessen gelten, was in unserem Land wirklich vorgeht.

Die gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Italien gehen auf den Fall der Mauer zurück. Davon müssen wir ausgehen.

Jedermann wird sich erinnern, dass Italien vor 1989 eine „blockierte“ Demokratie war. Die stärkste kommunistische Partei Europas vermochte weder Alternative zu den Regierungskoalitionen zu werden, deren Drehpunkt die Democrazia Cristiana war, noch übte sie eine tatsächliche Kontrolle der Regierung aus. In Wirklichkeit nahm die KPI an der Regierungstätigkeit teil, ohne aber formal dafür verantwortlich zu sein. Dies war die Zeit des sogenannten *Consociativismo*.

Nach 1989 geschah es, dass einerseits die Democrazia Cristiana mit ihren Bündnispartnern nicht mehr zum Regieren verdammt war – und andererseits die KPI, besonders nach ihrer „Wende“, nicht mehr zum Opponieren. Damit eröffneten sich neue Ausblicke, das alte politische System geriet in eine Krise; seine Mängel in der Zeit der „blockierten“ Demokratie wurden offenbar – auch durch Aktionen der Justiz, die bis dahin in ihrem Handeln ebenfalls durch das Parteiensystem, dem sie nicht fern stand, „blockiert“ war.

Was soll mit diesem Rückgriff auf die Vergangenheit gesagt werden? Ich will einer Legende entgegen treten, die in Italien und auch im Ausland Fuß gefasst hat. Meiner Auffassung nach ist nicht das Vorgehen

**■ Nach 1989 geschah es, dass einerseits die Democrazia Cristiana mit ihren Bündnispartnern nicht mehr zum Regieren verdammt war – und andererseits die KPI nicht mehr zum Opponieren. Damit eröffneten sich neue Ausblicke, das alte politische System geriet in eine Krise; seine Mängel in der Zeit der „blockierten“ Demokratie wurden offenbar.**

der Justiz die eigentliche Ursache für die Erneuerung der politischen Klasse und des Parteiensystems. Ursache ist vielmehr der Fall der Mauer, das verbreitete Empfinden, die alten Parteien seien überholt, ihre Unfähigkeit sich zu erneuern und sich der neuen Lage zu stellen, das Gefühl, es gebe auch andere Lösungen. All dies stellt die *historische Gelegenheit* dar für die explosionsartige Wirkung der Ermittlungen in Schmiergeldaffären, die als „Mani pulite“ bekannt wurden. Man darf jedoch nicht die Wirkung mit der Ursache und diese wiederum nicht mit günstigen Umständen verwechseln.

■ **Wir können überzeugt sein, dass das neue politische Gesicht Italiens, eingeschlossen das neue Wahlsystem, der Bipolarismus, der Wettstreit zwischen persönlichen Führungsansprüchen, die Entstehung neuer Parteien und der Forza Italia letztlich eine Folge des Endes des Kalten Krieges ist.**

Kurzum: Wir können überzeugt sein, dass das neue politische Gesicht Italiens, eingeschlossen das neue Wahlsystem, der Bipolarismus, der Wettstreit zwischen persönlichen Führungsansprüchen, die Entstehung neuer Parteien und der Forza Italia letztlich eine Folge des Endes des Kalten Krieges ist. Davor war das alles ja gar nicht möglich.

Es ist bedauerlich, dass dieses geschichtliche Faktum nicht oder falsch verstanden wird. Es ist auch zu beklagen, dass die immer noch andauernden Anstrengungen, auch Italien zu einer vollendeten Demokratie, d.h. zu einer Demokratie der alternierenden Machtausübung zu machen, nicht anerkannt werden. Und schließlich muss bedauert werden, dass innerhalb und außerhalb des Landes weiterhin die Furcht vor einem Italien geschürt wird, das einer postfaschistischen Rechten, einer rassistischen Lega und einem Ministerpräsidenten ausgeliefert sei, der seine privaten Interessen wahrnehme, die denen der Allgemeinheit angeblich zuwider laufen.

Dem ist nicht so. In erster Linie, weil Italien bereits ein ganz normales Land ist, auch wenn die institutionelle Übergangsphase, zum Beispiel was Föderalismus, Zweikammersystem und Machtbefugnisse des Regierungschefs angeht, noch nicht abgeschlossen ist.

Zweitens ist es nicht so, weil gerade das Wirken von Ministerpräsident Berlusconi verhindern konnte, dass die Stimmen aus der gemäßigten Mitte der alten Parteien verloren gingen, weil es die Schaffung einer von der Bevölkerung getragenen liberal-demokratischen Alternative zur Mitte-links-Koalition (der einzigen, die nach der „Mani-pulite“-Aktion übrig blieb) ermöglicht hat und Bestrebungen der Rechten und secessionistischer Kräfte aufzufangen vermochte.

Die Alleanza Nazionale ist heute eine Garantie der rechten Mitte; die Lega ist eine politische Größe, die im Bereich ihrer Thematik – Föderalismus, Sicherheits-, Einwanderungs- und Europapolitik – Standpunkte vertritt, welche sich (abgesehen von einer mitunter inakzeptablen Ausdrucksweise) nicht von denen vieler Kräfte der rechten Mitte im übrigen Europa unterscheiden, von den extremen Positionen Le Pens allerdings weit entfernt sind.

Um diesen Punkt der Darlegung abzuschließen: Italien in Europa ist heute, auch dank der Politik der vorausgehenden Mitte-links-Koalition, ein Land mit festeren Grundlagen und wegen der Entwicklung des politischen Systems hin zu zwei einander gegenüber stehenden Parteienbündnissen ein normaleres Land. Es ist ein Europa zugewandtes Land wie viele andere und mehr als manche.

Wenn es heißt, in Italien würden der Sozialstaat, das staatliche Schulwesen, die öffentliche Gesundheitsversorgung, das Justizsystem demontiert, oder die Werte Solidarität und Gerechtigkeit in Frage gestellt, dann muss die Antwort lauten: Nicht diese Werte werden in Italien zur Diskussion gestellt. Was vielmehr in Italien wie in Deutschland, wie in Großbritannien, wie überall zur Diskussion steht, sind die *Mittel und Wege* zu ihrer inhaltlichen Erfüllung. Im Zeitalter des globalen Marktes will doch kein westliches Land „verwildern“; alle wollen „zivilisiert“ bleiben, jedoch wohl wissend, dass dies in der Weise des früheren paternalistischen, protektionistischen Wohlfahrtsstaates nicht länger machbar ist. Blair lehrt hier im positiven Sinne, Jospin im negativen. Das Italien von heute lernt daraus und korrigiert altgewohnte Fehler.

### ■ III

Nun zum zweiten Punkt dieser Überlegungen, nämlich der Frage, wie Europa aufgebaut werden soll. Die Antwort kann vorweggenommen werden: Indem wir die Bedürfnisse unserer Bürger begreifen und uns von ihnen leiten lassen.

Zunächst muss einmal festgestellt werden, dass die Phase des rhetorischen und ideologischen Europäismus endlich ausläuft. Heute, da wir uns wichtigen Terminen nähern und bedeutende Entscheidungen dringend gefordert werden, ist es mit Sonntagsreden

■ ■ ■ **Wenn es heißt, in Italien würden der Sozialstaat, das staatliche Schulwesen, die öffentliche Gesundheitsversorgung, das Justizsystem demontiert, oder die Werte Solidarität und Gerechtigkeit in Frage gestellt, dann muss die Antwort lauten: Nicht diese Werte werden in Italien zur Diskussion gestellt. Was vielmehr zur Diskussion steht, sind die Mittel und Wege zu ihrer inhaltlichen Erfüllung.**

■ In einem Vortrag hat der Redner Anfang September vorigen Jahres das Verfahren von Nizza als gefährlich bezeichnet und eine Rückkehr zur „Monnet-Methode“ angeraten. Was ist damit gemeint? Kurz gesagt, dass wir nicht von einem Modell, einem Entwurf, einem Projekt ausgehen dürfen, um dann *deduktiv* zu verfahren. Wir sollten im Gegenteil bei Bedürfnissen, Erfordernissen, gemeinsamen Wünschen unserer Bürger ansetzen und *induktiv* vorgehen.

nicht mehr getan, und an die Stelle von Visionen tritt das konkret Machbare. Was aber? Reden wir zuerst einmal über das Wie, denn die richtige Methode gibt Lösungen und richtige Antworten vor.

In einem Vortrag, den der Redner Anfang September vorigen Jahres in Venedig hielt, hat er das Verfahren von Nizza als gefährlich bezeichnet und eine Rückkehr zur „Monnet-Methode“ angeraten.

Was ist damit gemeint? Kurz gesagt, dass wir nicht von einem Modell, einem Entwurf, einem Projekt ausgehen dürfen, um dann *deduktiv* zu verfahren. Wir sollten im Gegenteil bei Bedürfnissen, Erfordernissen, gemeinsamen Wünschen unserer Bürger ansetzen und *induktiv* vorgehen. Aus eben diesem Grund erscheint mir derzeit jede Debatte über ein Staaten übergreifendes, föderalistisches oder konföderatives Modell verfrüht und auch etwas inhaltsleer. Schließlich ist es doch offenbar, dass die europäischen Institutionen, die „von unten“ ausgehen, nicht im Stande sein werden, sich dieser oder jener schon bestehenden Ordnung anzupassen oder einzufügen, sondern eine Gestalt *sui generis* haben werden. Wichtig ist hingegen, dass diese Gestalt anderem folgt, statt ihm voranzugehen, dass sie sich aus der Logik der Antworten auf Sachfragen ergibt und nicht aus einer diesen Antworten vorgeschalteten Struktur.

Unter Berufung auf die Vorgehensweise Monnets soll eben dies zum Ausdruck gebracht werden: Wir müssen ein *Minimum* von europäischen Institutionen schaffen, die das *Maximum* der als wesentlich angesehenen Probleme zu lösen vermögen. Welches diese Probleme sind, dafür haben die Bürger ein Gespür. Aufgabe der Politiker ist, Ihnen zuzuhören, auf sie einzugehen und in den Institutionen und durch Entscheidungen Abhilfe zu schaffen. Vor allem Transparenz ist nötig; die Bürger müssen unterscheiden können zwischen der Verantwortung für *Richtungsvorgaben*, für deren *Ausführung* und schließlich für ihre *Kontrolle*.

Der Rat zugunsten des Ansatzes von Monnet erfolgt aus einer Befürchtung heraus, nämlich der, dass das sogenannte „demokratische Defizit“ im Stil der Aufklärung aufgeholt werden könnte oder – schlimmer noch – in jakobinischer Manier. Wir *dürfen* keine Fehler machen. Entweder bringen wir den Problemen der Bürger Gehör und Verständnis entgegen,

oder das Gebilde, das wir schaffen, bleibt von Anfang an wie gehörlos, fremdartig und letztlich ohne Leben. Die verheerenden Folgen eines solchen Scheiterns würden sich überall auswirken. Schon gibt es Anzeichen von Ablehnung und Enttäuschung; die jüngsten Wahlen in Frankreich sollten für alle eine Mahnung sein. So ist noch einmal zu wiederholen: Vor allem wir, die wir an Europa glauben, müssen aufmerksam, vorsichtig und klug sein. Wehe, wenn wir scheitern!

#### ■ IV

Damit wenden wir uns dem abschließenden Punkt zu. Was für ein Europa gilt es aufzubauen? Die Antwort wurde bereits so formuliert: eine Gesamtheit von Institutionen, denen an den Aufgaben liegt, die die Bürger unserer Länder heute als grundlegend ansehen.

Es scheint sich wesentlich um drei Aufgabenbereiche zu handeln:

1. Wirtschaft und Sozialrechte,
2. äußere Sicherheit und Außenpolitik,
3. innere Sicherheit und Gerechtigkeit.

Die Steuerung dieser Aufgaben muss auf eine die Mitgliedstaaten übergreifende Ebene verlagert werden. Der Umgang mit allen anderen muss hingegen den Einzelstaaten und ihren jeweiligen regionalen und kommunalen Organen überlassen bleiben. Eben darum wurde vom Redner als Antwort auf die Frage, welche Art Europa wir zu konstruieren haben, wiederholt die Formel gebraucht: *strong but light*.

„Stark“ in seinen grundlegenden Funktionen durch Machtbefugnisse für die zentrale Regierung (die jetzige EU-Kommission oder ein zukünftiges Organ) auf dem Wege der Aufgabe von Hoheitsrechten und durch das Mittel der Mehrheitsentscheidungen.

„Leicht“, nicht als Belastung wirkend, in allen anderen Bereichen, um die sich in den meisten Fällen die Mitgliedstaaten zu kümmern haben, damit Formen von Gleichschaltung vermieden werden, die die Bürger als maßregelnd, unnütz und zuweilen als töricht ansehen.

Ein gleichzeitig starkes und leichtes Europa kann besser der Herausforderung der Osterweiterung begegnen, was auch in Bezug auf Russland von grundlegender Bedeutung ist.

■ ■ ■ Was für ein Europa gilt es aufzubauen? Die Antwort wurde bereits so formuliert: eine Gesamtheit von Institutionen, denen an den Aufgaben liegt, die die Bürger unserer Länder heute als grundlegend ansehen.

Ein starkes und leichtes Europa kann und muss in der Außenpolitik sein eigenes Gewicht entwickeln und mehr als bisher zur Schaffung neuer internationaler Gleichgewichte, zur Stabilisierung in Krisengebieten beitragen und zu Einsätzen, die, angefangen bei der Terrorismusbekämpfung, eventuell von uns verlangt werden könnten.

Ein solches Europa hat mehr Möglichkeiten, die Fragen der Zuwanderung und der mit ihr einhergehenden Sicherheitsprobleme sowie jene der Globalisierung in den Griff zu bekommen.

Und schließlich kann ein starkes, aber leichtes Europa ein besseres Einverständnis mit den Vereinigten Staaten über deren gegenwärtige Ansprüche und Ängste finden und somit verhindern, dass die Politik der USA in den Isolationismus abdriftet.

Dieses Europa will Italien. In dieses Europa will Italien den Reichtum seiner Geschichte einbringen. Darum verbindet der Redner sein Engagement als Europäer mit dem Stolz, Italiener zu sein.

Der Text wurde von Rainer Tullner aus dem Italienischen übersetzt.